

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

03.11.2018 /19.20-19.50 Uhr
04.11.2018 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Offenbarungseid im Fall Khashoggi – EU ohne gemeinsame Rüstungsexportpolitik
- Wettrüsten statt Abrüstung? Trumps Abschied vom INF-Vertrag mit weitreichenden Folgen
- Offensive US-Cyberstrategie – Riskante Eskalationsplanung?
- Ziviler Friedensdienst in der Ostukraine – Grenzen und Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktaustragung

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Bei uns stehen heute diese Themen im Mittelpunkt:

- Wettrüsten statt Abrüstung? Trumps Abschied vom INF-Vertrag mit weitreichenden Folgen
- Offensive US-Cyberstrategie – Riskante Eskalationsplanung? Und:
- Ziviler Friedensdienst in der Ostukraine - Grenzen und Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktaustragung

Zunächst jedoch zu einem anderen Thema.

Der Krieg im Jemen dauert nun schon fast vier Jahre. Mehr als 10.000 Menschen sind bisher getötet worden. Tausende sind vom Hungertod bedroht. Millionen unterernährt. In dem Konflikt spielt Saudi-Arabien eine Schlüsselrolle. Vor allem aus geopolitischen Gründen beließen es die westlichen Länder bisher weitgehend bei verbalen Protesten. Doch jetzt, nach dem gewaltsamen

Tod des Journalisten Khashoggi gibt es zumindest bei der Bundesregierung eine Kehrtwende. Denn Khashoggi wurde offenbar durch ein saudisches Killerkommando getötet. Und die Frage ist, ob Kronprinz Mohammed bin Salman davon Kenntnis hatte. Bis auf weiteres wird die Bundesregierung keine Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien genehmigen. Allerdings exportieren die USA sowie Frankreich und Großbritannien erheblich mehr Waffen an die Saudis. Wirtschaftsminister Altmaier stellte daher in der vergangenen Woche im ZDF-Morgenmagazin fest:

O-Ton Altmaier

„Nur wenn sich alle europäischen Länder einig sind, macht das Eindruck auf die Regierung in Riad. Es hat überhaupt keine Folgen positiver Art, wenn wir – was wir jetzt tun – Rüstungsexporte nicht weiter durchführen, wenn gleichzeitig andere Länder diese Lücke füllen.“

Angesprochen war damit vor allem Frankreich und der europäische Hoffnungsträger Emmanuel Macron. Der französische Präsident redet viel von Europa und europäischen Gemeinsamkeiten. Doch in der Frage eines Rüstungsexportstopps düpiert Macron die Bundesregierung. Paris wird weiterhin Waffen an die Saudis liefern – trotz der klaren Haltung Deutschlands im Fall Khashoggi. Macrons Antwort auf das Vorgehen der Bundesregierung:

O-Ton Macron (overvoice)

„Es ist reine Demagogie zu sagen, dass man keine Waffen mehr verkauft. Die Waffenverkäufe hängen zusammen mit der Situation im Jemen. Darum geht es. Wir dürfen diese Debatten nicht durcheinanderbringen.“

Die Saudis werden nicht nur von Paris weiterhin als strategischer Partner gegen die Bestrebungen des Iran in der Region gesehen.

Der Fall Khashoggi macht einmal mehr die unterschiedlichen Vorstellungen über Rüstungsexporte zwischen Deutschland und den anderen EU-Partnern deutlich. Die Zurückhaltung der Bundesregierung wird von vielen Ländern nicht geteilt. Trotzdem setzt Berlin bei vielen Rüstungsgroßprojekten auf die Kooperation mit Frankreich. Z.B. bei der Entwicklung eines neuen Kampfpanzers, einer europäischen Großdrohne und eines gemeinsamen Kampfflugzeugs. Die Weichen für diese Projekte sind bereits gestellt. Die Frage des Exports dieser

Waffen ist jedoch weiterhin ungeklärt, wird verdrängt. Damit aber ist der Konflikt mit Frankreich programmiert. Die groß angekündigten Rüstungsvorhaben könnten sogar platzen. Es sei denn, die Bundesregierung gibt ihre restriktive Haltung beim Rüstungsexport auf. Das ist keineswegs ausgeschlossen – auch wenn Deutschland im Fall Khashoggi zurzeit einen anderen Eindruck vermittelt.

Themenwechsel.

Anfang der 1980er Jahre sind Hunderttausende gegen die sogenannte Nachrüstung auf die Straßen gegangen. Die Menschen protestierten gegen die Stationierung von Pershing 2-Atom-Raketen und US-Marschflugkörpern in Europa. Die Nuklearwaffen sollten das Gegengewicht sein zu den neu aufgestellten sowjetischen SS-20-Raketen. Die Proteste der Friedensbewegung und die Befürchtungen vieler Menschen haben dazu beigetragen, dass diese modernen Atomwaffen einige Jahre später dann doch verschrottet wurden. Denn Washington und Moskau hatten sich 1987 im INF-Vertrag auf eine Null-Lösung geeinigt. Das Kürzel INF steht für „Intermediate Range Nuclear Forces“.

Im vergangenen Jahr wurde dieser richtungsweisende Vertrag 30 Jahre alt. Doch jetzt könnte es erneut zu einer Nachrüstung und einem atomaren Wettrennen kommen. Denn US-Präsident Trump hat entschieden, den Vertrag zu kündigen – zum Entsetzen der Europäer. Zu den Gründen und was dahinter steckt - Otfried Nassauer:

Manuskript Otfried Nassauer

Er hat es schon wieder getan. Donald Trump, der Präsident der USA, hat gegen den Rat von Freund und Feind erneut angekündigt, einen bestehenden Rüstungskontrollvertrag einseitig aufzukündigen. Nach dem Atomabkommen mit dem Iran ist es jetzt der INF-Vertrag, aus dem Trump einseitig aussteigen will. Dieser 30 Jahre alte Abrüstungsvertrag mit Russland verbietet Washington und Moskau den Besitz und die Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 500 und 5.500 Kilometern - egal, ob diese konventionelle oder atomare Sprengköpfe tragen. Der Vertrag gilt bis heute als wesentliches Kernelement europäischer Sicherheit. Er stand am Ende des letz-

ten großen Streits über die Rolle atomarer Waffen in Europa während des Kalten Krieges und bereitete den Boden dafür, dass nach dem Fall der Mauer eine lange Phase der Denuklearisierung der Sicherheitspolitik in Europa begann.

Doch damit soll jetzt Schluss sein. Donald Trump begründete die Absicht zur Kündigung des Vertrages wie folgt:

O-Ton Trump (overvoice)

„Wir sind diejenigen, die diesen Vertrag eingehalten haben, uns daran gehalten haben. Aber Russland hat das unglücklicherweise nicht. Sie haben sich nicht daran gehalten. Deshalb werden wir den Vertrag beenden, uns daraus zurückziehen.“

Russland verletze den Vertrag, so Trump. China und andere Staaten, die Mittelstreckenwaffen besitzen, seien ebenfalls ein Teil der Bedrohung, die einen solchen Schritt nötig machten. Der Vertrag habe sich überlebt, sei aus der Zeit gefallen. Noch einmal Donald Trump:

O-Ton Trump (overvoice)

„Das ist eine Bedrohung für jedermann. Sie geht von China aus, sie geht von Russland aus und sie geht von jedem aus, der dieses Spiel spielen möchte. Mit mir kann man solch ein Spiel nicht spielen.“

Die USA werfen Russland vor, eine verbotene landgestützte Version eines erlaubten seegestützten Marschflugkörpers mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern entwickelt, produziert und stationiert zu haben. Ob dieser Vorwurf zutrifft, ist bislang nicht nachvollziehbar. Washington weigert sich, nachprüfbare Beweise dafür vorzulegen, dass Russland den Flugkörper und ein dazu passendes Startgerät bei seinen Streitkräften eingeführt hat. Die Welt kann den Vorwurf also nur glauben, nicht aber prüfen, ob er stimmt. Russland streitet den Vorwurf der USA kategorisch ab und wirft den USA seinerseits vor, den INF-Vertrag zu verletzen. Schließlich könne man aus den Startgeräten, die Washington derzeit in Europa für seine Raketenabwehrsysteme aufstellt, auch atomar bestückte Marschflugkörper großer Reichweite verschießen.

Selbst altgediente amerikanische Republikaner halten Trumps Entscheidung, den INF-Vertrag zu kündigen, für problematisch. Kenneth Adelman, der den

Vertrag zu Zeiten von Ronald Reagan mit ausgehandelt hat, hebt die Verdienste des Abkommens hervor:

O-Ton Adelman (overvoice)

„Der Vertrag war sehr effektiv und führte zu einem erheblichen Abbau von Atomwaffen. Der INF-Vertrag löste eine Abrüstungsspirale aus, von der die Welt enorm profitiert hat.“

Auch Richard Burt, unter Ronald Reagan ebenfalls mit dem INF-Vertrag befasst und ehemaliger US-Botschafter in Deutschland, sieht Trumps Vorgehen kritisch.

O-Ton Burt (overvoice)

„Die Leute, die diese Entscheidung der Trump-Administration wirklich feiern, sitzen im russischen Generalstab. Sie sind seit zehn Jahren Gegner des INF-Vertrags, weil er sie hindert, Kurz- und Mittelstreckenraketen auf Europa zu richten.“

Trump tue ihnen einen Gefallen. Er nehme ihnen die Verantwortung für das Scheitern des INF-Vertrags ab und schade dem Ansehen Washingtons.

Moskau hat auf die Ankündigung Trumps betont unaufgeregt reagiert. Man wolle am INF-Vertrag festhalten, habe kein Interesse daran, aus dem Vertrag auszuscheiden. Der in Helsinki begonnene Dialog zwischen den Präsidenten Putin und Trump solle im November in Paris fortgesetzt werden und biete weiterhin die Chance, nach Lösungen für die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle zu suchen. Wladimir Putin hatte Mitte Oktober in Sotschi noch einmal betont, Russland werde seine atomaren Waffen nur in Reaktion auf einen bereits begonnenen Atomangriff auf sein Staatsgebiet einsetzen.

Die Argumentation des US-Präsidenten zeigt jedoch, dass der eigentliche Vater dieser Entscheidung John Bolton, Trumps Sicherheitsberater, sein dürfte. Dieser argumentierte bereits vor sieben Jahren sehr ähnlich wie Trump jetzt. Im August 2011 schrieb Bolton im Wall Street Journal:

Zitat

„Der INF-Vertrag hat sich schon lange überlebt. Er sollte geändert oder gänzlich verworfen werden. (...) Heute werden die USA (und Russland) von den Regeln des INF-Vertrags eingeengt, während die Staaten, von denen derzeit die strategische Bedrohung ausgeht - China, der Iran und Nordkorea - außen vor bleiben. (...) Das Motto der USA bezüglich des INF-Vertrages sollte lauten: Erweitert ihn oder löscht ihn aus. Angesichts der Umstände, die gegen eine Erweiterung [um neue Mitglieder] sprechen, sollten wir jetzt damit beginnen, darüber nachzudenken, wie wir unsere Fähigkeiten bei Waffen der INF-Reichweite wieder aufbauen können.“

Bolton wollte bereits damals den INF-Vertrag aufgeben, um die US-Streitkräfte mit neuen Mittelstreckenwaffen ausrüsten zu können. Mit Donald Trump könnte sich ein US-Präsident gefunden haben, der dieses Ziel unterstützt. Richard Burt, der ehemalige Botschafter:

O-Ton Burt (overvoice)

„Ich bin einfach erstaunt darüber, dass der Präsident wenige Tage, nachdem er den Rückzug aus einem vorbildlichen, also einem ikonischen Rüstungskontrollvertrag angekündigt hat, heute über eine massive nukleare Aufrüstung spricht. Das sendet die falsche Botschaft, nicht nur an die Russen, sondern an die ganze Welt.“

Drei Optionen für neue Waffen sind in den USA bislang ins Gespräch gebracht worden:

- Erstens die Wiedereinführung seegestützter Marschflugkörper mit atomarem Sprengkopf. Das wäre auch ohne Verstoß gegen den INF-Vertrag möglich.
- Zweitens die Entwicklung eines landgestützten Marschflugkörpersystems großer Reichweite, das auf der Pazifikinsel Guam für den pazifischen Raum stationiert werden könnte.

Und drittens:

- Schließlich die Wiedereinführung landgestützter Flugkörper mittlerer Reichweite in Europa.

Darüber hinaus befürchten viele Rüstungskontrollbefürworter in den USA ein weiteres Problem. Da Sicherheitsberater John Bolton als entschiedener Geg-

ner aller Rüstungskontrollverträge gilt, die den militärischen Fähigkeiten der USA Fesseln anlegen könnten, wird es für möglich gehalten, dass Bolton Präsident Trump auch davon überzeugt, den 2021 auslaufenden Neuen START-Vertrag, der die strategischen Atomwaffen Russlands und der USA begrenzt, weder zu verlängern, noch durch ein neues Abkommen zu ersetzen. Dann unterlägen die Atomwaffenpotenziale Moskaus und Washingtons erstmals seit Jahrzehnten keiner Begrenzung mehr.

Ausgeschlossen ist eine solche Entwicklung keineswegs. In den USA haben internationale Verträge einen relativ schwachen Stellenwert. Ein US-Präsident, der einen neuen Abrüstungsvertrag ratifizieren will, benötigt dafür eine Zweidrittelmehrheit im US-Senat - nicht selten eine nur schwer zu überwindende Hürde. Will ein US-Präsident dagegen einen bereits gültigen internationalen Vertrag aufkündigen, so kann er dies alleine machen. Er muss niemanden um Zustimmung bitten - auch nicht den Senat. Es ist also viel leichter, alte Verträge zu kündigen, als neue in Kraft zu setzen.

* * *

Flocken

Otfried Nassauer berichtete.

Mehr zum INF-Vertrag auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Wir bleiben in den USA. Moderne Gesellschaften mit einer digitalisierten Infrastruktur sind durch Hacker-Attacken extrem verwundbar. Derartige Angriffe abzuwehren – das sollte die unter Präsident Obama verabschiedete Cyber-Strategie sicherstellen. Jetzt wurde bekannt, dass sein Nachfolger Donald Trump mehrere Dokumente zu diesem sensiblen Bereich verabschiedet hat. Das Ergebnis ist eine neue US-Cyberstrategie. Was sich konkret verändert hat - das weiß Jerry Sommer:

Manuskript Jerry Sommer

Eine der neuen Richtlinien zur US-Cyberstrategie ist in der Direktive Nummer 13 des US-Präsidenten Donald Trump enthalten. Laut Medienberichten erhält das US-Militär dadurch mehr Befugnisse, Cyberoperationen selbständig zu beschließen und durchzuführen. Voraussetzung soll allerdings sein, dass diese Cyberoperationen nicht die - so wörtlich - „Schwelle zur Gewalt“ überschreiten – eine schwammige Formulierung, die wohl besagen soll, dass Menschen in der Regel keinen physischen Schaden nehmen dürfen. Zudem sind Absprachen des Pentagon mit anderen Institutionen wie dem Außenministerium nicht mehr zwingend erforderlich. So hatte es noch die Cyber-Direktive von Präsident Obama vorgesehen. Die neue Direktive ist geheim: Wer in den USA in Zukunft welche Cyberaktivitäten beschließen darf, ist deshalb nicht klar. Bei wichtigen Operationen werde der US-Präsident weiterhin das Sagen haben, vermutet Martin Libicki, ein Cyberexperte der Offiziersschule der US-Marine:

O-Ton Libicki (overvoice)

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass Cyberangriffe mit Eskalationsrisiken auf andere Staaten, zum Beispiel auf deren Energieversorgung, ohne Zustimmung des Präsidenten stattfinden werden.“

Auch das Pentagon hat eine eigene neue Cyberstrategie beschlossen. Bei dieser steht zwar nach wie vor im Mittelpunkt, die eigenen militärischen Netzwerke vor Cyberangriffen zu schützen. Aber gleichzeitig wird weit stärker als bisher auf offensive Cyberoperationen gesetzt: Zum Beispiel sollen Bedrohungen für US-Systeme schon frühzeitig durch eigene Cyberattacken ausgeschaltet werden - Vorwärtsverteidigung im Cyberraum. Außerdem werden US-Cyberangriffe auf Gegner wie Russland und China angedroht, weil man so hofft, diese von Cyberoperationen gegen die USA abschrecken zu können.

Für Martin Libicki, Cyberexperte der Offiziersschule der US-Marine, sind die neuen Cyber-Direktiven im Wesentlichen eine Fortsetzung der bisherigen Strategie. Allerdings sei der Ton deutlich aggressiver. Und die Möglichkeiten des Cyber-Command des US-Militärs, schnell auf bevorstehende Angriffe zu reagieren, würden gestärkt:

O-Ton Libicki (overvoice)

„Wenn das Cyber-Command erfährt, dass bestimmte Aktivitäten gegen die USA oder ihre Alliierten vorbereitet werden, dann hat das Cyber-Command nun die Befugnis, einzuschreiten und solche Angriffe zu verhindern.“

Solche präventiven Angriffe setzen voraus, dass man sich bereits in die Netze von potenziellen Gegnern eingehackt hat und in der Lage ist, deren Systeme durch Cyberoperationen zu manipulieren. Jüngst hat die US-Regierung bekanntgegeben, sie habe russische Hacker darüber informiert, dass sie beobachtet werden – insofern sind die USA offenbar schon in fremde Systeme eingedrungen. Ob die Militärs und andere US-Einrichtungen die Fähigkeiten besitzen, diese Systeme auch zu manipulieren, ist nicht bekannt. Fest steht jedenfalls, dass auch solche präventiven Cyberangriffe mit Gefahren verbunden sind, sagt der Konfliktforscher Götz Neuneck vom Hamburger „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“:

O-Ton Neuneck

„Es setzt voraus, dass man tatsächlich die Wurzel des Übels zerstören kann. Bei Netzwerktechnologien ist sowas aber immer umgehbar. Und es trifft möglicherweise auf den Falschen.“

Denn ein Angreifer kann sich in einem Server eines anderen Landes verstecken, den er gekapert hat – dort können dann durch eine präventive Cyberoperation völlig Unbeteiligte zu Schaden kommen. Oder die Angriffe sind auf mehreren Servern gelagert – dann nutzt die Ausschaltung eines Servers nichts.

Die USA haben schon bisher offensive Cyberoperationen durchgeführt - nicht nur im Rahmen militärischer Operationen wie gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“. So ist Washington offenbar - zusammen mit Israel - verantwortlich für den sogenannten Stuxnet-Virus, mit dem 2010 einige Zentrifugen der iranischen Urananreicherungsanlage zerstört wurden. Auch das nordkoreanische Atomprogramm soll Ziel von offensiven US-Cyberoperationen gewesen sein. Doch diese Angriffe waren zuvor in der US-Regierung umfassend diskutiert und geplant worden – und sie waren ohnehin nicht sonderlich erfolgreich. Nun drohe aber eine Vielzahl von weniger weitreichenden, weniger durchgeplanten US-Cyberangriffen, befürchtet die Cyberexpertin Josephine Wolff von der US-Universität in Rochester:

O-Ton Wolff (overvoice)

„Ich glaube, es wird nicht unbedingt mehr Angriffe wie Stuxnet geben. Aber es wird viel mehr Angriffe mit infizierter Software geben. Schwachstellen des Gegners werden ausgenutzt werden, um schnell und heftig den Leuten, die in unsere Computernetzwerke eingedrungen sind, eine Botschaft zu übermitteln.“

Es gehe also nicht ausschließlich um präventive US-Angriffe, um Bedrohungen im Voraus zu unterbinden. Es drohe vielmehr eine Ausweitung von Cyber-Sabotage durch die USA – wohl meistens unterhalb der Schwelle, bei der Menschen zu Schaden kommen. Trotzdem könnte dieses Vorgehen eher eine Eskalation bewirken als einen potenziellen Angreifer abschrecken, glaubt die Cyber-Sicherheitsexpertin Josephine Wolff.

Die neue US-Cyberpolitik hat auch Auswirkungen auf die NATO. Das neu eingerichtete Cyber-Kommando des Bündnisses soll 2023 mit 70 Soldaten seine volle Stärke erreichen. Offensive Cybermittel werden dabei als „aktive Verteidigung“ bezeichnet. Und die USA haben angeboten, ihre Cyber-Fähigkeiten im Bedarfsfall für die NATO einzusetzen. Allerdings hat sich die NATO noch nicht auf Cyber-Einsatzregeln geeinigt. Für Deutschland kommt hinzu, dass der Einsatz von militärischen Mitteln vom Bundestag gebilligt werden müsste. Wie dies mit der neuen offensiv ausgerichteten Cyberstrategie der USA in Einklang gebracht werden kann, ist unklar.

Einige Experten warnen auch davor, die Cyberbedrohung zu übertreiben. Sven Herpig, der Leiter des „Transatlantic Cyber Forum“ bei der Berliner „Stiftung neue Verantwortung“ fordert eine realistische Sichtweise:

O-Ton Herpig

„Was wir sehen, sind eben Cyberoperationen, die sich entwickelt haben von traditioneller Spionage mittels Cyberwirkmitteln, hin zu auch ersten Sabotageoperation mit Cyberwirkmittel. Das alles findet bisher noch im Bereich der traditionellen Geheimdienst- oder Nachrichtendienstarbeit statt. Wir haben noch nicht gesehen, dass es wirklich irgendwas ist, was den Titel Cyberkrieg verdient.“

Könnte sich das ändern? Der Chef des US-Cyber Commands, General Paul Nakasone, erklärte Anfang des Jahres, dass die USA Cybermittel entwickeln, um die kritische Infrastruktur von potenziellen Gegnern lahmlegen zu können.

Es ist davon auszugehen, dass auch Russland und China an solchen Cyberwaffen arbeiten. Aber es ist zurzeit nur schwer ein Szenario vorstellbar, in dem zum Beispiel die Stromversorgung des vermeintlichen Gegners komplett lahmgelegt bzw. zerstört wird. In einer Kriegssituation sieht das natürlich anders aus. Um aber Fehlinterpretationen von Cyberoperationen in Friedenszeiten und Eskalationsgefahren zu minimieren, sollte die bessere Sicherung der eigenen Systeme im Mittelpunkt stehen sowie auf das Mittel der Diplomatie zurückgegriffen werden, meint Götz Neuneck vom Hamburger „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“:

O-Ton Neuneck

„Russland und China werben seit längerem dafür, dass es internationale Regularien gibt. Der Westen sagt prinzipiell, ja; die Normen, die hier eingesetzt werden, müssen aber auch überprüfbar sein. Und sie müssen auch von den einzelnen Staaten eingehalten werden. Da ist die Kluft und das Misstrauen gegen Russland und auch gegen China sehr groß.“

Trotz dieses - sicher gegenseitigen - Misstrauens wären neue Verhandlungen über internationale Cyber-Normen sinnvoll, sagt die US-Cyberexpertin Josephine Wolff:

O-Ton Wolff (overvoice)

„Die Staaten sollten sich darauf verständigen, dass es akzeptabel ist, Cybermittel für Spionagezwecke einzusetzen – Spionage wird ja auch bisher schon immer hingenommen. Dann müsste man die Grenze zwischen Spionage und den anderen Aktivitäten im Netz definieren, die man nicht überschreiten will - außer im Kriegsfall. Das würde helfen, internationale Normen festzulegen.“

In der neuen US-Cyberstrategie ist ebenfalls das Ziel formuliert, internationale Cybernormen anzustreben. Doch in der Praxis findet bisher, zum Beispiel zwischen den USA und Russland, keine Cyberdiplomatie statt.

* * *

Flocken

Soweit Jerry Sommer.

Beim Besuch von Bundeskanzlerin Merkel in der Ukraine in dieser Woche stand der Konflikt im Osten des Landes ganz oben auf der Tagesordnung. Doch die Friedensbemühungen treten auf der Stelle.

Neben etlichen Staaten engagieren sich auch Nichtregierungsorganisationen in dem Konflikt. Letztere wollen helfen, eine starke und demokratische Bürgergesellschaft voranzubringen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat drei Nichtregierungsorganisationen beauftragt, zivilen Friedendienst in der Ukraine zu leisten. Als Erste wurden Anfang 2017 Fachkräfte der Kurve Wustrow entsandt. Dieser Verein aus dem niedersächsischen Wendland engagiert sich für zivile gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Aber lässt sich dieser Ansatz auch auf die Verhältnisse in der Ukraine übertragen? Brigitte Lehnhoff ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Brigitte Lehnhoff

Atmo im Arbeitsraum

Ein heller und modern eingerichteter Büroraum im 25. Stock eines Hochhauses im Westen von Kiew. Junge Leute sitzen vor aufgeklappten Laptops, telefonieren, diskutieren. Hier arbeitet auch Simon Schlegel, 35 Jahre alt, Sozialwissenschaftler, Ukraine-Kenner und Mitarbeiter der Kurve Wustrow. Er kooperiert mit der „Koalition Gerechtigkeit für Frieden im Donbas“. 17 Menschenrechtsorganisationen und Initiativen, hauptsächlich aus dem Donbas, haben sich darin lose zusammengeschlossen. Sie wollen der Rechtlosigkeit ein Ende machen und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Ein erstes konkretes Ergebnis seiner Arbeit hält Simon Schlegel in Händen:

O-Ton Schlegel

„Auf Ukrainisch heißt das Buch „Жити всупереч“, auf Deutsch würde es heißen ‚Trotzdem leben‘, auf Englisch haben wir es genannt ‚Making life go on‘. Und das Buch porträtiert Leute, die in verschiedener Weise vom Krieg betroffen waren und deren Leben aber irgendwie weitergeht, zum Teil unter sehr tragischen Umständen.“

Grundlage dieser und auch künftiger Fallstudien sind ausführliche Interviews. Sie in eine gut lesbare und zugleich gerichtsfeste Form zu bringen, ist eine Aufgabe des zivilen Friedensdienstes, sagt Felix Schimansky-Geier. Der 33 Jahre alte Politikwissenschaftler koordiniert die Arbeit der Kurve Wustrow in der Ukraine. Zu dem erst kürzlich erschienen Buch sagt er:

O-Ton Schimansky-Geier

„Unser Beitrag war, dass wir Seminare durchgeführt haben, wie können wir Menschenrechtsverletzungen konfliktsensibel darstellen. Wie kann man das reflektiert darstellen, dass wir am Ende objektive Berichte haben, die zu einer vielleicht späteren Aussöhnung, Versöhnung nach einem Ende des Krieges beitragen können, die den innerukrainischen Dialog unterstützen können.“

Diese Aufgabe erwies sich aber als ausgesprochen heikel. Vier der sechs Buchautoren und Interviewer sind selbst vom Krieg betroffen, mussten ihre Heimat im Donbas verlassen. Konfliktsensible Darstellung verlangt auch ihnen ab, kritisch mit Sprache umzugehen. Diese darf weder verschleiern noch beschönigen. Sie darf auch nicht entwerten. Gegenüber den Separatisten ist das aber gängige Praxis, sagt Simon Schlegel und nennt ein Beispiel.

O-Ton Schlegel

„Es gibt die Bezeichnung Kolorado, also Kartoffelkäfer. Und das Vergleichen von Menschen mit Insekten, das wär etwas, was aus unserer Perspektive entmenschlichend ist und deswegen es auch erlaubt, diesen Kriegsgegner eben nicht als Menschen wahrzunehmen, sondern als jemanden, der es verdient, ausgerottet zu werden, der ein Schädling ist. Und wir wollen damit nicht sagen, dass wir die Emotion dahinter nicht verstehen von Leuten, die selber vom Krieg betroffen sind, die von dort vertrieben wurden. Wir wollen das aber nicht in unsere eigene Sprache übernehmen, eben weil wir versuchen, selbst den Kriegsgegner als Mensch zu sehen mit Menschenrechten.“

Eine anderes Problem: Darf die Zahl von mittlerweile mehr als 11.000 Opfern genannt werden, ohne zu differenzieren zwischen ukrainischen Soldaten, Separatisten und Zivilisten? Simon Schlegel zitiert den Einwand einer der Autoren:

O-Ton Schlegel

„Dass eben die Leute, die er interviewt hätte, die jemand verloren haben im Krieg, dass die wahrscheinlich sehr beleidigt wären, wenn wir das als eine Kategorie nach außen darstellen. Und wir haben uns dann entschieden, diese Textpassage zu ersetzen durch eine andere, in der diese Zahl nicht gebraucht wird. Weil das eben einfach zu toxisch war, ohne das zu differenzieren in Täter und Opfer. Und dann ist zum Beispiel das Wort Selbstzensur gefallen.“

Schon im kleinen Autorenteam spiegelt sich also, wie schwierig es für die ukrainische Gesellschaft ist, die anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen aus kritischer Distanz zu betrachten. Das einzuüben, sei aber wichtig, sagt Volodymyr Shcherbachenko. Er leitet die Menschenrechtsorganisation „East Ukrainian Center for Civic Initiatives“. Und er koordiniert die Arbeit der Koalition Gerechtigkeit für Frieden im Donbass. Aus Shcherbachenkos Sicht geht es darum, die Wahrnehmung über den Krieg zu ändern.

O-Ton Shcherbachenko (overvoice)

„Wir dokumentieren alle Verbrechen, die begangen werden. Sowohl von Seiten der Armee, wie auch von Seiten der verschiedenen Spezialeinheiten, wie auch am Anfang des Konfliktes von Freiwilligenbataillonen und natürlich von den illegalen bewaffneten Verbänden der Separatisten.“

Wer sich diese Form von Gerechtigkeit auf die Fahnen schreibt, lebt allerdings zunehmend gefährlich, beobachtet Felix Schimansky-Geier.

O-Ton Schimansky-Geier

„Es gibt einen Trend, dass die radikalen Gruppierungen immer stärker gegen Aktivisten vorgehen. Und das ist ein Problem und das muss auch deutlich benannt werden, dass es diese Tendenz gibt.“

Schimansky-Geier baut in der Ukraine gerade eine zweite Linie des zivilen Friedensdienstes der Kurve Wustrow auf. Einige Nichtregierungsorganisationen, kurz NGOs, die für sich allein bereits erfolgreich arbeiten, will er zu einer Plattform zusammenbringen. Da ist zum Beispiel die noch junge NGO „Theatre for Dialogue“. Sie will Benachteiligten und Diskriminierten eine Stimme geben, Menschen mit Behinderungen etwa oder Müttern, die wegen ihrer Kinder keine Arbeit finden. Mit der Methode des Forumtheaters lernen die Teilnehmenden, scheinbar aussichtslose Situationen selbst zu verändern, sagt Yana Salakhova.

O-Ton Salakhova (overvoice)

„In unserer Gesellschaft sind wir nicht gewohnt, in der Kategorie eigener Bedürfnisse zu denken. Wir haben keine Kultur der Selbstsorge. Das ist eher die Haltung, vom Stärkeren zu erwarten: Hilf mir, gib Du mir was. Du bist kräftiger und hast mehr Möglichkeiten. In unseren Workshops hast du drei Tage Zeit, etwas über dich zu lernen, über deine Gefühle, deine Erfahrungen. Dann merkst du plötzlich, was du eigentlich willst.“

An diese Arbeit könnte dann zum Beispiel AMES, die „Association of Middle East Studies“ anknüpfen, ursprünglich ein Forschungsinstitut für den Mittleren Osten. Um die Jahrtausendwende spezialisierte sich AMES darauf, in postsowjetischen Regionen Konflikte zu analysieren und die Beteiligten dazu zu bewegen, selbst die Lösungen zu finden. Lange lag der Schwerpunkt im Kaukasus und auf der Krim, jetzt in der Ostukraine. Dort trainiert AMES nun sogenannte Friedensstifter, sagt Direktor Igor Semyvolos.

O-Ton Semyvolos (overvoice)

„Wir sehen es als großen Erfolg, dass viele unserer Absolventen in ihre Kommune zurückgehen, dort nach festen Regeln zwischen Bürgern und lokalen Machthabern vermitteln und so die Probleme bearbeiten, die es vor Ort gibt.“

Häufig geht es um Probleme von Armut, Arbeitslosigkeit und Sicherheit, aber auch um junge Menschen, die keine Perspektive haben. Igor Semyvolos wie auch Yana Salakhova bestätigen zwar, dass die von der Kurve Wustrow gewollte Vernetzung zunächst noch mehr Arbeit bedeutet. Trotzdem wollen sie sich darauf einlassen.

O-Ton Salakhova (overvoice)

„Es gibt ein Sprichwort, dass es für Ukrainer sehr schwierig ist, auf einen Nenner zu kommen. Das war auch einer der Punkte auf dem Euromaidan, dass da zwar sehr viele verschiedene Initiativen waren, aber es war sehr schwierig, sie zu koordinieren. Wir müssen das wirklich lernen und einen Modus finden, wie wir zusammenarbeiten können.“

Dieses Know-how kann die Kurve Wustrow als erfahrene, 1980 gegründete deutsche NGO vermitteln. Ab Januar wird sie mit drei Mitarbeitern in der Ostukraine vertreten sein. Das ist eine verschwindend kleine Zahl. Jedenfalls gemessen an der Herausforderung, parallel zu einem laufenden kriegesischen Konflikt, das Denken der Menschen zu verändern. Dieser Prozess geht nur in

kleinsten Schritten voran. Ukrainische Bürgerrechtler meinen deshalb, dass ihr Land noch lange jede Unterstützung brauchen wird.

* * *

Flocken

Soweit Brigitte Lehnhoff.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie auch als Podcast herunterladen, unter ndr.de/streitkraefte. Über diese Adresse können Sie auch den Newsletter unserer Sendereihe abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.